

Die Qual der Wahl – oder warum wir die Demokratie verteidigen müssen

Nr. 4

Immanuel Kant dürfte hocheifrig gewesen sein, als die Nachricht über die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 auch Königsberg erreicht hatte. Der Ausruf der Republik entsprach ganz den Vorstellungen des deutschen Philosophen, simultan dazu auch noch die erste Erklärung der Menschenrechte. Es müssen glückliche Tage gewesen sein für Kant, endlich wurde die, von ihm als ideal befundene, Staatsform umgesetzt. Als ideal und zeitgemäß gilt die Republik bis heute. Zumindest in der offiziellen Version. Noch immer wird der 4. Juli als *Independence Day* in den USA groß gefeiert, doch genauso schnell wie die Feuerwerke verblassen inzwischen auch die republikanischen Werte. Presse- und Meinungsfreiheit sind heutzutage vor allem eines: Ideale, von denen viel geredet wird, weil sie nichts kosten. Die Wirklichkeit aber ist eine andere, wie jüngst die Ausweisung von zwei deutschen Nachrichtenkorrespondenten aus der Türkei gezeigt hat. Die Republik und ihre Zwillingsschwester die Demokratie sind beide nicht nachtragende Zeitgenossinnen: auch wenn man sie beliebig verzerrt und verformt verzeihen sie einem, ja verhelfen womöglich sogar zum Wahlsieg. Trotz allen Graubereichen und Schwammigkeiten gilt es sie zu verteidigen, in Mangel an besseren Optionen. Denn Republik und Demokratie sind vor allem eines: notwendige Übel.

Die Republik hat sich der Mensch schon in der Vergangenheit einiges kosten lassen. Schon der Sophist Kritias befand, dass die Menschheit sich zu einem Staat zusammengeschlossen hat, damit die Gesetzlosigkeit des Naturzustandes fortan nicht mehr möglich sei, dadurch, dass Gesetze dem Mensch Einheit geboten. Es war die Zähmung des wilden Tieres. Aber der Staat kam nicht ohne seinen Preis: damit Stabilität, Sicherheit und Ordnung herrschen konnten, musste der Mensch viele individuelle Rechte des Naturzustandes abtreten. Fortan galten Rechte, nach dem Leitmotiv „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, nicht mehr. Stattdessen bestimmten staatliche Gesetze das Strafausmaß und es galt sich diesen zu beugen. Der Mensch war bereit diesen Preis zu akzeptieren, er erklärte sich einverstanden. Die Entstehung des Staates klingt beim Empiristen John Locke wie das Aufstellen des wohl weitreichendsten Vertrags. Unterzeichnet haben nicht wir, sondern unsere Vorfahren, trotzdem hält sich der Großteil von uns daran und operiert innerhalb der gesetzlichen Normen. Der Staat, so Spinoza, dürfe allerdings nie unsere geistigen Freiheiten antasten, uns in unserer Meinung einschränken und zensieren. Doch genau das ist schon oft passiert und passiert auch heute, morgen.

Dass die Republik dem Menschen am meisten seiner Freiheiten zugesteht, ist evident. Als gemäßigte und als tolerant proklamierte Staatsform, hat jeder von uns die Rechte der freien Meinungsäußerung und der Religionsfreiheit. Und sogar mitregieren darf jeder mündige Bürger, wenn es wieder gilt an die Wahlurnen zu treten und seine Stimme abzugeben. Mehr quantitative Freiheit ist in keiner anderen Staatsform zu finden. Dennoch sinkt die Wahlbeteiligung immer weiter ab, die Begeisterung für die Demokratie schwindet. Stattdessen sehnen sich viele nach einer starken Führungspersönlichkeit, nach einer Person mit Patentlösungen für die Probleme von Gegenwart und Zukunft. Und an zweifelhaften Persönlichkeiten mit der Auffassung „Der Staat bin ich“ mangelt es nicht. Hinter jeder Landesgrenze betreiben sie ihre Effektpolitik, die auch eine Affektpolitik ist, weil sie mit Emotionen spielt und die Gemüter hochkochen lässt. Populisten verzerren gerne die Wahrheit, oder vereinfachen und polemisieren sie solange, bis die Wahrheit ihre wichtigste Eigenschaft verliert: sie ist ganz einfach nicht mehr wahr. Parolen zählen inzwischen mehr als Inhalte, große Worte und leere Verheißungen mehr als Taten.

Von vielen Seiten wird die Demokratie und mit ihr die Republik, mehr oder weniger offen angegriffen und hinterfragt. Obwohl der Weg hin zur Republik schon steinig und nicht ohne Rückschläge war,

Firlefanz

wirkt er geradezu einfach in Anbetracht der Mammutaufgabe ihrer Verteidigung. Denn es liegt im Wesen der Demokratie alle Meinungen zu tolerieren, für alle Forderungen ein offenes Ohr zu haben und alle Möglichkeiten zuzulassen. Alle bei Laune zu halten ist ohnehin schwierig; angesichts von unerfreulichen Entwicklungen aktuell aber noch schwieriger: die Schere zwischen reich und arm klappt immer weiter auf, viele Menschen leben an der Armutsgrenze vom Existenzminimum und außerdem verheißen drohende Übel wie die Erderwärmung nichts Gutes. Gekoppelt mit dem Auftreten vieler Führungskräfte als Messias, als Retter in der Not, gleiten viele Menschen vom gemäßigten Weg ins rechte oder linke Milieu ab. Sie sind nur eine mögliche Gefahr für die Republik. Mit Ausrufen wie „Lügenpresse“ oder in der amerikanischen Version den „Fake-News“ greifen sie fundamentale Rechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit an. Und ihre Rufe werden immer zahlreicher und manifestieren sich immer konkreter als Wahlergebnisse. Ob ihre politische Gesinnung auch eine Bedrohung für die Staatsform Republik an sich ist, steht noch offen. Gefährlich ist ihr Nationalismus und Hurra-Patriotismus allemal.

Auch wenn extremistische Parteien die Republik formal weiterführen möchten, ergibt sich durch ihren Wählerzuwachs ein sekundäres Risiko. Die fundamentale Eigenschaft jeder Demokratie sind freie Wahlen. Ist diese Möglichkeit der Wahl nicht mehr gegeben, so verwandelt sich die Demokratie in ihren Schatten: die Diktatur. Staaten, deren politische Landschaft aus einer einzigen Partei besteht, sind nicht demokratisch. Staaten, deren politische Landschaft nur noch aus extremistischen Parteien besteht, sind brandgefährlich. Auch auf diese Bedrohung steuern viele Republiken heute zu. Werden Wahlen zur Wahl des kleineren Übels so wird die Politik zur Schadensbegrenzung. Durch die Wahl des kleineren Übels versucht man kollateral Schäden zu verhindern.

Karl Raimund Popper vertrat die Ansicht, man müsse sich bei Wahlen nicht die Frage stellen „Wer soll regieren?“, sondern „Wer richtet am wenigsten Schaden an, bei wem ist die Gefahr eines Amtsmissbrauches am kleinsten?“. Den Wert einer Verfassung sieht er dadurch bestimmt, wie gut eine Regierung abwählbar ist. In seinem Werk *„Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“* kritisiert Popper unter anderem Platon, dessen Staatsphilosophie er als elitär abstempelt. Tatsächlich unternahm Platon in Syrakus sogar den Versuch einen Philosophenstaat aufzubauen. An die Spitze setzte der griechische Philosoph Philosophenkönige, die er für am besten geeignet hielt, die Staatsgeschäfte zu leiten. Sein Projekt scheiterte. Die Demokratie hingegen hielt Platon für mangelhaft, denn in ihr hätten auch die nicht Befähigten dasselbe Stimmrecht. Dabei gehört genau diese Eigenschaften zum Wesen der Demokratie. Jede Stimme hat die gleiche Gewichtung. Und die Demokratie hält sich noch immer, während Platons Philosophenstaat längst Geschichte ist.

Auch gegen Marx erhebt Popper Einwände. Karl Marx sieht im Sozialismus den Himmel auf Erden. Popper hält dagegen, alle Versuche den Himmel auf Erden zu realisieren hätten dazu geführt, dass die Hölle realisiert worden wäre. Die Geschichte bietet genug Beispiele um seine These zu unterstreichen: das 1000-jährige Reich der Nationalsozialisten etwa endete in einem Genozid. Ideologien, die den Himmel versprechen, sind kritisch zu betrachten. Denn, um auf Kant zurückzukommen, selbst Engel können ein falsches Spiel betreiben und alle hinters Licht führen. Das Misstrauen gegenüber Demokratien ist damit ein wichtiger Schutzmechanismus der Republik und ihren Freiheiten.

Doch selbst wenn die Führungsebene eines Staates wirklich aus Engeln besteht und unbefleckt ist von jeglichen Übeln der Machtausübung, so ergibt sich immer noch eine Gefahr aus dem Innersten des Wesens der Demokratie: dem Volk. Bestehend aus nach Schopenhauer „Tieren im Zustand der Zähmung“ bricht immer wieder das wilde Tier im Mensch aus. Um seine Triebe zu stillen umgeht es nur allzu gerne gesetzliche, soziale und moralische Normen. Es kennt nur eine Autorität: sich selbst. Mit jeder Faser seines Körpers Egoist, schreckt es vor nichts zurück um die eigene Lage zu verbessern. Aus Geiz missachtet es Vorschriften, umgeht sie, weicht ihnen geschickt aus. Der Zweck rechtfertigt

Firlefanz

die Mittel. Und es gibt nur einen Zweck für Egoisten: der Eigennutz. Eine solche eigennützige Tat kann im Kleinen geschehen, etwa beim Stehlen eines Apfels aus einem Geschäft. Mit dem Diebstahl schade ich dem Staat in zweierlei Form: zum einen bringe ich ihn konkret um die für den Apfel vorgesehene Steuer, zum anderen beschädige ich auch in einem abstrakteren Sinn seine Wertvorstellungen, indem ich mich über sie hinwegsetze und mich strafbar mache. Dasselbe geschieht auch in größerer Manier: Briefkastenfirmen die sich auf zweifelhafte Art und Weise finanzielle Vorteile herauschlagen, Riesenkonzerne wie Google, die auf europäischen Boden etwa keine Steuern zahlen. Die Geringschätzung bestehender Gesetze oder ihre geschickte Umgehung haben hier noch eine weitere, negative Auswirkung: die steuerpflichtigen Bürger fühlen sich – zurecht – ungerecht behandelt und verlieren ihr Vertrauen in die staatliche Autorität. Das, gern von Kindern von sich gegebene, „warum darf er und ich nicht?“ lässt die Wogen hochgehen. Ungerecht behandelt fühlt sich jeder schnell. Allerdings lassen sich Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten wohl in keiner Staatsform eliminieren. Selbst im Kommunismus hält sie sich hartnäckig: sind alle Produktionsmittel erst einmal verstaatlicht, basiert Arbeit nach der Vorstellung von Marx auf freiwilliger Basis als Form der Selbstverwirklichung. Vertritt man einen Kommunismus im engsten Sinn so ist der Mensch im kommunistischen System aber auch frei *nicht* zu arbeiten. Auch diese Entscheidungsmöglichkeit kann eine Quelle für Ungleichheit und soziale Aufruhr sein.

Gibt es überhaupt Sicherheit für eine Staatsform? Muss sich nicht der Kommunismus genauso gegen seine Kritiker durchsetzen, wie die Demokratie? Gibt es nicht Rufe die Monarchie abzuschaffen, weil der Königsfamilie heute allesamt eine repräsentative Rolle zugestanden wird? Und ferner: ist dies nicht auch gut so? Soll der Staat etwas Festes, Starres sein oder mit den Zeichen der Zeit mitgehen, sich fortdauernd erneuern, anpassen?

Selbst Platon spricht in der *Politeia* von einem Verfassungszyklus, bei dem einzelne Verfassungstypen ineinander übergehen und den jeweils nachfolgenden bedingen. Bei Popper entspricht die Entstehung der Staatsformen einer Art Evolution, bei der sich der jeweilige Staatstyp mit der Zeit mitbewegt. Dabei ist essentiell, dass jeder Schritt, jede Entwicklung revidierbar ist.

Noch nie gab es in Westeuropa solange keinen Krieg. Am noch immer anhaltenden Zustand dürften auch die Demokratien der EU-Staaten einen wesentlichen Anteil haben. Der Wert der heutigen Republiken wird vielleicht in Zukunft daran messbar sein, wie lange die Friedenszeit in ihrem Land währte. Darin kann eine Hauptaufgabe der Demokratie heute ausgemacht werden: Kriege zu verhindern. Oder nach Popper: Theorien sterben zu lassen statt Menschen. Lieber einen Schritt zurück zu wagen, in bekannte und gesicherte Gewässer, als volle Kraft voraus ins Unglück zu segeln. Und damit wären wir wieder bei Kant angelangt: hin zum ewigen Frieden.